

hinzu, und mit einigen Schüssen töteten sie auch den andern, der bewußlos vor ihnen auf der Erde lag.

Ein anderer, weniger tragischer Zwischenfall. Einer dieser seltsamen Schwäger hielt eine Rede. Unter anderen Aufschneidereien logte er auch: Die bewaffnete Kundgebung zu Ehren von Calles sei so glänzend gewesen, daß Jesus Christus selbst ihr beigewohnt hätte, wenn er in Mexiko gewesen wäre. „Höchstwahrscheinlich“ rief einer dazwischen. „sonst wäre er ja entlassen worden.“ In der Tat wurden alle Beamten, die nicht zu diesem lächerlichen Schauspiel gingen, ihres Amtes entsetzt.

In der Ortschaft Arandas kamen alle Kaufleute herein, keine Steuern mehr zu bezahlen. Schließlich kam ein Abgesandter aus der Hauptstadt. Alle gingen zu ihm hin und sagten ihm: „Wir bezahlen keine Steuern, weil wir wegen des Boghotts nichts verkaufen können. Wenn Sie wollen, können Sie die Waren beschlagnahmen, aber Geld haben wir nicht.“ Da der andere keine Gewehre bei sich hatte, um die „Freiheit zu beschlagnahmen“, mußte er wieder abziehen, und zwar zu Pferd; keines der Autos, die dort verkehren, wollte ihn mitnehmen.

Verschiedene junge Leute gaben Katechismusunterricht, und zwar im Gefängnis. Ein fürchterliches Verbrechen! Dem Kommissar sagten sie aber gründlich die Wahrheit! Man steckte sie in ein schmutziges Loch, wo ungefähr sechzig Gefangene waren, Stroche und Gruner und derartige Gefindel. In Ru hatten die Katechisten die Leute für sich gewonnen. Sie gaben ihnen Unterricht, und bald hatte von den schmutzigen, feuchten Wänden das gleichmäßige: „Santa Maria, Madre de Dios“ wider. Mitten im Gefängnis der heilige Rosenkranz! Ein junger Maler, der auch dort gefangen war, kletterte auf einen Tisch. Zwei Gefangene hielten diesen hoch, und so malte er droben auf die Wand ein schönes großes Bild der Vereinigung der katholischen Jugend Mexikos. Die Regierung hat zwei Handelskammern geschlossen, weil sie die bedrückende Lage enthüllten, die durch den Boghott geschaffen ist.

Die Strafen, die die Regierung über alle verhängt, die man beim Messehören ergreift, bringen ein hübsches Einkommen ein. Vor acht Tagen mußte Herr Cuevas 100 Pesetas bezahlen, weil er in seinem Hause hatte Messe lesen lassen. Doch der Glaube erstarbt, und die Opfer, die wir des Boghotts wegen auf uns nehmen, werden nicht vergebens gebracht sein.

Wie beklagenswert die Zustände in Mexiko sind, wird auch durch einen neuesten Bericht, den der Corriere d'Italia in Nr. 282 vom 26. November auf Grund eines Telegramms aus Washington veröffentlicht, in greuelvoller Weise bestätigt. Dem römischen Blatt wird berichtet, daß die Vorfälle von ärgster Gewalttätigkeit im Kampfe der mexikanischen Regierung gegen die katholische Religion sich ununterbrochen fortsetzen. Eine der entsetzlichen Vorgänge ereignete sich in der Nähe des Heiligens der Gottesmutter von Zapopan. Die Katholiken von Guadalupe hatten ohne kirchliche Erlaubnis, ohne Geistlichkeit, ohne äußere Abzeichen des Kultus, also in einer Weise, welche keinesfalls unter die „Konkationen“, der äußerst strengen antikatholischen Gesetze fallen konnte, eine Pilgerfahrt zu dem vorgenannten Wallfahrtsort unternommen. Aber selbst diese vollständige Zurückhaltung genügte nicht, die Wut der Verfolger zu entwaschen. Truppen wurden zusammengezogen, welche den Zutritt der Gläubigen zu dem Gotteshaus verhindern sollten und die auf die herankommende Prozession das Feuer eröffneten! Zahlreiche Pilger fielen unter den Schüssen der Verfolger tot oder verwundet zu Boden.

Tafel es Calles und seinen Spießgesellen in der mexikanischen Regierung darum zu tun ist, die katholische Kirche, wenn möglich, mit der Wurzel auszurotten, geht aus der weiteren Meldung hervor, daß gemäß einer Anordnung des mexikanischen Präsidenten alle Bischöfe aus ihren Diözesen entfernt und nach der Hauptstadt Mexiko gebracht werden sollen. Ebenso sind bereits die Pfarren aus ihren Pfarren vertrieben und in einem Konzentrationslager unter militärischer Bewachung gestellt.

Gegen die Kreditnot

Ueber den Antrag Stegerwald und Zentrumsfraktion betreffend Maßnahmen zur Linderung der allgemeinen Kreditnot liegt nunmehr der Schlussbericht des Ausschusses des Reichstages vor. Berichterstatter war der Zentrumsabgeordnete Sommer. Der Antrag des Ausschusses lautet in seiner endgültigen Fassung folgendermaßen:

Der Reichstag wolle beschließen: den obengenannten Antrag in folgender Form anzunehmen: die Reichsregierung zu ersuchen, folgende Maßnahmen zur Linderung der allgemeinen Kreditnot zu treffen:

1. Die zur Gesundung der deutschen Wirtschaft unbedingt notwendige Wiederherstellung des Realcredits zu fördern:

a) durch die Aufnahme einer langfristigen Anleihe zu mäßiger Zinsfuß in angemessener Höhe zwecks Vergabe von sicheren Hypotheken auf den ländlichen, städtischen und gewerblichen Grundbesitz; dabei ist die produktivste Verwendung und Form der Anleihe sicherzustellen;

b) durch Einwirkung auf die Länder zu erreichen, daß Vorschriften an die öffentlichen Sparkassen ergehen, die früher einen möglichst hohen Teil ihrer langfristigen Einlagen in Hypotheken anzulegen;

c) die privaten Versicherungsunternehmen zur weitestgehenden Anlage ihrer Vermögen in Realrediten zu veranlassen.

2. Zur Entlastung der Landwirtschaft darauf hinzuwirken, daß:

a) Mittel der öffentlichen Anstalten in größerem Umfang als bisher der Landwirtschaft dienstbar gemacht werden;

b) die Aufbringung der noch ausstehenden zwei Drittel der Abwindungskredite der Deutschen Rentenbank auf vier Jahre verteilt wird, so daß in jedem Jahre ein Sechstel der Gesamtkredite abzurufen ist, und demgemäß den Wortlaut des § 11 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankcheinen vom 30. August 1924 (Reichsgesetzblatt 1, S. 252) folgendermaßen zu fassen:

Die Abwindung soll unter allen Umständen binnen fünf Jahren beendet sein; Am Schluss des ersten Jahres soll mindestens ein Drittel, am Schluss der nächsten vier Jahre mindestens je ein weiteres Sechstel abgewickelt sein; die fünfjährige Frist beginnt am 1. Dezember 1924.

3. Zur Sicherstellung des gewerblichen Betriebskredits wolle die Reichsregierung mit der preussischen Regierung in Verbindung treten, mit dem Ziele, die Preussische Zentralgenossenschaft als Reichsanstalt auszubauen.

4. Die Zinsen und Gebühren für die Kreditverkehr auf eine für die Wirtschaft tragbare Höhe herabzumindern.

Auf dem Wege nach Genf

Chamberlain in Paris — Stresemann und Wandervelde bereits abgereist — Sein Ergebnis in der Kontrollfrage

Paris, 3. Dezember. Chamberlain ist gestern nachmittag hier eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von dem französischen Außenminister, dem britischen Botschafter und dem Chef des Protokolls empfangen. Chamberlain und Briand besuchten heute die englische Botschaft. Briand gibt heute zu Ehren Chamberlains ein Frühstück, an dem auch Poincaré teilnimmt. — Laut „Havas“ werden Chamberlain, Poincaré und Briand eine Unterredung über die außenpolitischen Probleme haben, die später auf der Tagung des Völkerbundesrates erörtert werden sollen.

Nach dem „Echo de Paris“ sind zu dem heute am Quai d'Orsay zu Ehren Chamberlains stattfindenden Frühstück auch der deutsche Botschafter von Hoesch und der italienische Botschafter Baron Avezzana eingeladen worden.

Berlin, 3. Dezember. Der deutsche Außenminister Stresemann ist heute abend mit den anderen Herren der deutschen Delegation nach Genf abgereist.

Paris, 3. Dez. Die Ankunft des englischen Außenministers Chamberlain verlegt den Schwerpunkt der internationalen Politik für zwei Tage nach Paris. Es steht fest, daß Briand mit Chamberlain und dem polnischen Außenminister Jaleski besonders verhandeln wird. Ein Programm für diese Unterhaltungen ist nicht aufgestellt, aber es legt auf der Hand, daß sie den Auftakt zu der Konferenz in Genf bilden und sich auf die Hauptprobleme beziehen, die dort zur Diskussion stehen.

Die Hoffnung, die bis in die letzten Tage hinein in Pariser deutschen Kreisen bestand, daß es doch noch gelingen werde, bis zur Dezembertagung in Genf die Frage der Woberufung der Militärkontrollkommission zu regeln, hat sich nun endgültig verschlagen. Dagegen glaubt man, daß sich in den nach ausstehenden vier Tagen ein Ueberblick gewinnen lassen werde, wie weit man noch von der endgültigen Regelung entfernt sei. Als kein positives Ergebnis der Pariser Verhandlungen, aber immerhin eine Basis, auf der sich in Genf die Diskussion der Staatsmänner fortsetzen ließe. Viel beachtet wird in französischen Kreisen das Halbdunkel, das von Berlin aus über die Wiener Nachrichten Stresemanns gezeitet wird. Man vermutet, daß die Reichsregierung endgültige Beschlüsse über die Teilnahme Deutschlands an einer Vier-Mächte-Besprechung erst dann fassen wird, wenn auch eine Entscheidung von Seiten Mussolinis über seine Teilnahme an den Besprechungen zu deren vorliegt.

Das Schmutz- und Schundgesetz

Aus dem Reichstag wird uns mitgeteilt: Zur dritten Beratung des Gesetzentwurfes gegen Schmutz- und Schundschriften gingen gestern von den Fraktionen der Regierungsparteien verschiedene Änderungsorschläge ein, die im wesentlichen folgenden besagen:

Die §§ 2 und 3 des Gesetzes werden nunmehr eine neue Fassung erhalten. Der § 2 sieht jetzt Reichspräsidenten vor, die im Einvernehmen mit den Landesregierungen noch Bedarf erachtet werden können. Die Entscheidung dieser Präsidentschaft hat für das gesamte Reichsgebiet Gültigkeit. Außerdem wird eine Oberprüfstelle eingerichtet, die den Charakter einer Bescheidinstanz hat. Antragsberechtigt sind die Zentralbehörden und die Landesjugendämter.

Ueber den Sitz der Oberprüfstelle ist in den Vereinbarungen nichts ausgesprochen. Es wird aber dafür Leipzig in Frage kommen. Die Zuständigkeiten sind aber im einzelnen nicht abgegrenzt.

Der § 3 regelt die Zusammensetzung der Prüfstellen. Sie werden künftig außer dem Vorsitzenden und den Beisitzern noch mit acht Sachverständigen besetzt. Davon sollen je zwei aus den Kreisen der Kunst der Literatur und des Rundbuchhandels, drei aus der Jugendmohlfahrt und den Jugendbildungsorganisationen und vier aus der Lehrerschaft und den Volkshilfsorganisationen bestellt werden. Nur bei Ueberbestimmung von wenigstens sechs Mitgliedern der Prüfstellen kann ein Buch oder dergleichen auf die Liste gesetzt werden. Für das Zentrum ist diese Einschränkung nicht leicht hinzunehmen gewesen, aber im Interesse des Zustandekommens des ganzen Gesetzes hat das Zentrum schließlich zugestimmt. Das Zustandekommen des Gesetzes ist nunmehr gesichert, da mit den Regierungsparteien auch die Völkischen, die Wirtschaftspartei und die Deutschen nationalen dafür stimmen werden.

Diesen Änderungsorschlägen stimmten am Nachmittag alle bürgerlichen Parteien zu, mit Ausnahme der Demokraten. Später entschlossen sich die Demokraten ebenfalls, den Entwurf zu unterzeichnen, aber unter der Bedingung, daß nur die Regierungsparteien mit unterschrieben. Daraus erklärt die deutschnationale Vertretung, bei den Verhandlungen nicht mehr mitwirken zu wollen und wieder die von ihnen beantragten Landesprüfstellen zur Sprache zu bringen. Heute Freitag, wird die deutschnationale Fraktion in einer Sitzung über die neue Lage beraten.

Der Vorstoß der Demokratischen Partei erregt allgemeines Bedauern, weil er dazu führen kann, das ganze Gesetz überhaupt zu Fall zu bringen, wenn heute nicht eine Einigung mit den Deutschnationalen zustande kommt.

In der Frage des Rotgesetzes bezüglich der Arbeitszeit ist man ebenfalls in den Parteiverhandlungen wesentlich weitergekommen. Die Sozialdemokraten dürften den Vereinbarungen, welche die bürgerlichen Parteien getroffen haben, im wesentlichen zustimmen. Ueberhaupt zeigt ihre Haltung, daß sie sich bewußt sind, daß eine Uebernahme der Sozialdemokratischen Partei in die Regierung auch gewisse Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten auflegt. Auch dieses Arbeitszeit-Rotgesetz dürfte dann zustande kommen.

Anträge und Anfragen im Landtag

Dresden, 3. Dezember. Im Landtag ist wieder eine ganze Reihe von Anträgen und Anfragen eingegangen. Besonders rühmlich sind die Kommunisten und Linksozialisten. Die Kommunisten beantragen, die Regierung zu beauftragen, unter Hinzuziehung einer Kommission von werktätigen Bauern sofort umfangreiche Erhebungen über die Notlage der werktätigen Bauern anzustellen. In einem anderen Antrage verlangen sie ab Oftern 1927 völlige Lernmittelfreiheit und dergl.; weiter Forderungen im Grundsteuer- und Gewerbesteuerbereich, Aufhebung des Kindererbschaftsbeschränkungsbeschlusses im Falle der Vermögensvermehrung der Arbeiter, Einziehung der sächsischen Knappschaft in die 5. Lohnstufe und eine umfassende Hilfsaktion zur sofortigen Linderung der Notlage in der sächsischen Heimindustrie.

Die Linksozialisten beantragen Erhöhung der Vergütung der Jura- und Unfallrentner sowie Senkung der Altersgrenze auf das 60. Lebensjahr, eine Vorlage über einheitliche Maßstäbe und Richtlinien für die Unterstützungsbeträge an Sozial- und Kleinrentner, Gewährung einer Winterbeihilfe an ledigere. Weiter verlangen sie, daß Veranstaltungen, die von den Bildungsausschüssen der Arbeiterorganisation unternommen werden, als gemeinnützig erklärt werden und endlich wird die Regierung ersucht, dem Landtage baldigst einen Entwurf über die Einführung von Grubenoberaufsichtskommissionen für den sächsischen Bergbau zu unterbreiten. Weitere Anfragen betreffen den erweiterten Bergarbeiterurlaub, insbesondere Durchführung der vom Landtag angenommenen Forderungen, den Erlaß einer Verordnung, wonach auch den Bildungs- und Jugendorganisationen der politischen Parteien Schulräume zu überlassen sind, einen angelegten Verstoß gegen die Wahlordnung in Zittau, Gewährung einer Entscheidungsbefugnis an die sächsischen Staatsbeamten und Durchführung der vom Arbeitsministerium erlassenen Anweisung auf Eindämmung und Unterbindung des Ueberflutens von Wasser.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat folgenden Antrag eingebracht: Die Regierung zu ersuchen, bei den Verhandlungen zu dem Gesetz über den Reichswirtschaftsrat darauf hinzuwirken, daß dem regionalen Betrieb im größeren Umfang Rechnung getragen wird, als der Entwurf des vorliegenden Gesetzes zu beantragen. Daß die dritte Abteilung des Reichswirtschaftsrates zu einer Vertretung der territorialen Wirtschaftskreise ausgebaut wird und 2., daß die Benennungsbefugnis für die dritte Abteilung der Reichsrat ist, wobei die Landesregierungen verpflichtet werden müssen, sich mit den anerkannten Vertretungen der Wirtschaft ihres Gebietes wegen der Benennung ins Einvernehmen zu setzen.

Das umstrittene Mandat Ewerts

Dresden, 3. Dezember.

Im Hinblick auf zahlreiche Anfragen, die der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei zugegangen sind, wird bekanntgegeben, daß der kommunistische Abgeordnete Ewert nach dem Ergebnis der politischen Erörterungen nicht in dem von ihm behaupteten und von der Gemeindebehörde unrichtiger Weise bestätigten Wohnsitz in Rändler bei Limbach hat. Von dem Ergebnis der politischen Erörterungen ist dem Präsidenten des Landtages Mitteilung gemacht worden. Nach dem Paragraphen 2, 5 und 11 des Landeswahlgesetzes kann in den Landtag nur gewählt werden, wer in Sachsen wohnt. Der Landtag wird also über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Ewert zu befinden haben.

Ewert ist bekanntlich 2 Tage vor der Wahl in Berlin verhaftet worden. Es besteht wenig Aussicht, daß sein Mandat für gültig erklärt und vom Landtag Gültigkeit beantragt wird.

Kurze Nachrichten

† Franz Diener im Boxkampf von Maloney geschlagen. Donnerstagsabend wurde ein Boxkampf über 10 Runden zwischen dem deutschen Franz Diener und Jim Maloney aus Boston ausgetragen. Die Schiedsrichter sprachen Maloney den Sieg nach Punkten zu.

† Festnahme eines zweifachen Mörders. Ein glücklicher Jang gelang der Gendarmarie in Libitzsch (Böhmen). In einem festgenommenen Landstreicher wurde durch das Prozer Erkennungsmittel der Deferteur Paul Erich Wagner als zweifacher Mörder erkannt. Er hat einen Mord in Deutschland und den zweiten bei Pilsen ausgeführt. Die weiteren Erhebungen sind eingeleitet.

† Verbot von Boxkämpfen. Nach einer Blättermeldung aus München hat in Landsbut in Niederbayern als erste bayerische Stadt die weitere Abhaltung von Boxkämpfen unteragt. — Wenn finden andere Städte den gleichen Mut?

† Ueberführung Erzstift. Trotz ist auf sein Geschäft vom Posten des Vorsitzenden der Plamowitz-Gesellschaft von abberufen und an seiner Stelle der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Volksratsrates der Konjunktur-Rückwärtsentwicklung ernannt worden.

† Zur Frikationsbindung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie das Nachrichtenbureau des W.D.J. tagstages, einen neuen Antrag zur Frage der Frikationsbindung eingebracht, der verlangt, daß das Recht zur Regelung der Frikationsbindung der einzelnen Länder gegeben wird, die die Beschlüsse haben sollen, unter Ausschluß des Reichsweges durch Landesgesetzgebung die Auseinandersetzung vorzunehmen. Außerdem wird in dem sozialdemokratischen Antrag verlangt, daß die Ansprüche der Staaten des Reiches, die zum großen Teil nur darauf beruhen, daß Beschlüsse der jetzt lebenden Fürsten bis zum Jahre 1895 in Deutschland regelt haben, durch Landesgesetz unter Ausschluß des Reichsweges für erloschen erklärt werden können.

Witterungsaussichten. Vorwiegend bedeckt, zeitweise neblig. Neigung zu zeitweiligen Niederschlägen in Ostschlesien und im Gebirge, zum Teil als Schnee. Temperaturen um den Gefrierpunkt schwankend, jedoch im Flachland meist über dem Nullpunkt. Südliche bis südwestliche Winde. Im Flachland schwach bis mäßig, in höheren Lagen zeitweilig lebhaft.

Hauptgeschäft:
Annensstraße 9

Filialen:
Bautzner Str. 9
Galeriestraße 6

bietet Ihnen die besten und billigsten SODWEINE

weil:
PORTWEIN — MALAGA — MADEIRA
SHERRY — INSEL-SAMOS — TARRAGONA
und den wundervollen OROSONO

an.
Kaufen Sie sich eine Flasche zur Probe und die Zufriedenheit wird Sie zu größeren Bestellungen veranlassen.